

Der 8. Mai 1945
und die Deutschen

Niederlage und Befreiung

Hans Maier

*Deutschland wird bleiben,
stolz und bescheiden,
ein einmaliges Volk und ein Volk wie alle.*

Thomas Mann, 1942

Das Jahr 1945 hat viele Gesichter. Keine Fantasie kann sie alle gleichzeitig vergegenwärtigen. Vieles überstürzte und überlagerte sich in den Geschehnissen jener Tage: Unzählige Menschen waren auf der Flucht, in den Städten häuften sich die vom Bombenkrieg Erschlagenen und Verbrannten, Reste der deutschen Armeen leisteten auf deutschem Boden Widerstand gegen die alliierten Heere oder fluteten zurück, der feindlichen Übermacht weichend. Da waren die siegreich vordringenden Soldaten, Panzer und Flugzeuge der Alliierten, da waren Frauen, Kinder, Alte, die in Luftschutzkellern und Unterständen das Ende erwarteten, da waren die tödlichen Zuckungen des zu Ende gehenden NS-Reiches, Denunziationen, Standgerichte, Zerstörungen, verbrannte Erde. Der Krieg schlug auf das Land zurück, von dem er ausgegangen war. Die Fronten brachen zusammen. Viele Städte gingen im Feuer unter. Endlich folgte am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation.

Endlich vorbei

Deutschland, Jahre hindurch das Zentrum einer riesigen, die ganze Welt bedrängenden Kriegsmaschinerie, fiel mit dem Kriegsende in eine dumpfe, tiefe Erstarrung. „Hier ist etwas geschehen, aber

jetzt ist es vorbei“, so beschrieb Alfred Döblin, aus der Emigration heimkehrend, seinen Eindruck von dem zerstörten Land. Vorbei, endlich vorbei – das war auch die Stimmung, die sich unter den Geschlagenen verbreitete. Man war froh, davongekommen zu sein, man atmete auf, weil keine Bomben mehr fielen. Vom Überleben fand man langsam zurück zum Leben. Die unmittelbaren Kriegshandlungen waren zwar mit der Kapitulation zu Ende, aber die Wirkungen, die Folgen des Krieges gingen weiter, ja sie wurden in ihrem ganzen Umfang, ihrer grausamen Konsequenz erst langsam sichtbar. Viele Menschen starben noch in den folgenden Monaten, lange nach dem 8. Mai, an Hunger, Entbehrungen, Krankheiten, auf der Flucht, in Gefangenenlagern – allein für die aus Ost-, Mittel- und Südosteuropa vertriebenen Deutschen hat man Verluste von mehr als zwei Millionen errechnet (Statistisches Bundesamt, *Die deutschen Vertreibungsverluste*, Wiesbaden/Stuttgart 1958). Und für wie viele Menschen – auch in Deutschland – war die nun beginnende Nachkriegszeit nur ein Übergang von einer Unfreiheit in die andere!

Etwas war zu Ende gegangen – und es war weit mehr als nur ein „Drittes Reich“. Ich erinnere mich an eine Begegnung mit einem meiner alten Lehrer im zertrümmerten Freiburg in den letzten Kriegstagen. Er sagte unter Tränen: „Nun ist der Krieg verloren, das Dritte Reich zerstört – aber auch das Bismarckreich ist zu Ende und mit ihm die deutsche Einheit, die

Sehnsucht aller guten Deutschen!“ Der Mann war Protestant, nationalliberal und alles andere als ein Nazi. So wie er mögen damals viele gedacht haben. Der 8. Mai 1945 war für sie nicht nur eine Niederlage in einem Krieg ungleicher Kräfte, die man hinnehmen musste, von der man sich eines Tages auch wieder erholen konnte. Sie schien das Ende deutscher Möglichkeiten, deutscher Geschichte überhaupt zu sein. So sah es auch ein alter Mann in der Emigration in Pacific Palisades, der in jenen Tagen einen Faustroman zu schreiben begann – Thomas Mann. „In Endes Zeichen steht die Welt, steht darin wenigstens für uns Deutsche, deren tausendjährige Geschichte widerlegt, ad absurdum geführt, als unselig verfehlt, als Irrweg erwiesen durch dieses Ergebnis, ins Nichts, in die Verzweiflung, in einen Bankrott ohne Beispiel, in eine von donnernden Flammen umtanzte Höllenfahrt mündet.“ So der Erzähler Serenus Zeitblom, der auf dem Freisinger Domberg über die deutschen Dinge nachsinnt; und konsequenterweise endet sein Bericht mit dem entsetzten Ausruf: „Gott sei eurer Seele gnädig, mein Freund, mein Vaterland.“

Befreiung und Übergang

Doch gottlob: So aussichtslos-apokalyptisch geht es am Ende nur in Romanen zu. Das reale Leben ist meist banaler; häufiger als die Untergänge sind die Übergänge. Auch die Deutschen, soweit sie die Katastrophe überlebten, konnten sich nicht aus der Welt flüchten, aus der Geschichte abmelden. Sie hatten sich vielmehr im dürftigen, bedrückenden, aber auch selbstgenügsamen und pragmatischen Alltag der Nachkriegszeit einzurichten – in jener Zukunft, von der man sagen kann, dass sie am 8. Mai 1945 bereits begonnen hatte.

Denn die Deutschen hatten 1945 nicht nur den Krieg verloren, sie waren nicht nur in einen Abgrund gestürzt, in eine

Katastrophe, die ihre Weiterexistenz als Volk und Staat infrage stellte. Sie waren zugleich auch befreit worden – befreit von einem Regime, das sie aus eigener Kraft nicht abzuschütteln in der Lage waren, befreit durch Völker, die ihre Kriegsgegner waren und deren Sieg der bittere, aber unerlässliche Preis für das Ende der eigenen Unterdrückung war. Das ist eine Einsicht, die heute, nach sechzig Jahren, längst von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes geteilt wird. 1945 war sie noch keineswegs Allgemeingut. Wie hätten auch Geschlagene, Gefangene, Vergewaltigte, Enteignete, in die Flucht Getriebene, mit dem Tod Bedrohte – und in dieser Lage waren damals Millionen Deutsche – erkennen können, dass sie „befreit“ worden waren? Es bedurfte einiger Zeit, bis die Mehrheit der Deutschen die 1945 neu eröffneten Chancen der Geschichte zu erkennen begann. Nachwirkungen der NS-Zeit reichten noch tief in das erste Nachkriegsjahrzehnt hinein. Noch im Mai 1955, zehn Jahre nach Kriegsende also, meinten 48 Prozent der Westdeutschen nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, „ohne den Krieg“ wäre Hitler einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen. Dass diese Zahl später auf 38 Prozent zurückgegangen war und dass die Gegenmeinung, das Dritte Reich sei „in jedem Fall eine schlechte Sache“ gewesen, stetig wuchs und im Dezember 1992 in der alten Bundesrepublik 64 Prozent, in den neuen Ländern sogar 69 Prozent Zustimmung fand, eine Zweidrittelmehrheit also in ganz Deutschland – das zeigt zweierlei: dass die Abkehr vom Nationalsozialismus im Lauf der fünfzigjährigen Nachkriegsgeschichte allmählich definitiv und unumkehrbar wurde, aber auch, dass dieser Vorgang langsam vor sich ging und längere Zeit in Anspruch nahm.

Er wäre noch weniger rasch in Gang gekommen, hätte sich nicht bald nach 1945 die weltpolitische Szenerie verän-

Der Oberkommandierende der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, unterschrieb am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst die Kapitulationsurkunde.

© dpa



dert. Schon am 12. Mai hatte Winston Churchill in einem Telegramm an Harry S. Truman, Roosevelts Nachfolger, von einem „Eisernen Vorhang“ gesprochen, der vor der Front der sowjetischen Truppen niedergegangen sei. Die Wendung verbreitete sich rasch und gab der politischen Geografie der Nachkriegszeit einen neuen Namen. Nur wenige Monate nach Kriegsende vergingen, und der „Kalte Krieg“ zwischen den östlichen und westlichen Alliierten begann. Er sollte in den folgenden Jahren eine unerwartete Schärfe annehmen. Ganz Europa, vor allem aber Deutschland, war betroffen. 1948 wurde die Tschechoslowakei durch einen Staatsstreich kommunistisch, in Deutschland stellte der Alliierte Kontrollrat seine Tätigkeit ein, die Russen begannen Berlin zu blockieren. Das war die Zeit, in der man nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa die bange Frage stellte: Wann kommen die Russen?

Gründung zweier deutscher Staaten

Was folgte, erscheint uns heute im Rückblick als unvermeidliche Konsequenz der neuen weltpolitischen Lage: die Grün-

dung der Bundesrepublik Deutschland und die ihr nachfolgende Gründung der DDR. Die in Resten noch vorhandene Einheit Deutschlands zerbrach unter dem Druck der neuen Gegebenheiten: In seinem östlichen Teil wurde Deutschland unter russischer Hegemonie straff in das System des Ostblocks eingegliedert, im Westen entstand unter der allmählich sich lockernden Aufsicht Amerikas, Großbritanniens, Frankreichs ein politisches Gebilde von wachsender Eigenständigkeit. Hier konnten die geschlagenen Deutschen ihre Chance als Befreite nutzen; hier konnten sie die neu gewonnene Freiheit stabilisieren und ausbauen; hier konnten sie Anschluss gewinnen an die europäischen – und an die eigenen – Traditionen des Rechtes, der Solidarität, der Demokratie. So gewann ihr Schicksal wachsende Anziehungskraft für diejenigen Landsleute, die diese Freiheit nicht besaßen. Die Geschichte der alten Bundesrepublik entwickelte sich zum Exempel einer erfolgreichen politischen Stellvertretung über Jahre hin – von 1949 bis 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, mit der sich die getrennten Wege der

Nachkriegszeit wieder zu einem gemeinsamen Weg vereinigten.

Das alles war, im Inneren wie im Äußeren, kein selbstverständlicher Prozess. Ohne die helfende Hand ehemaliger Kriegsgegner hätten sich die neuen Möglichkeiten im Westen kaum eröffnet – und wir Deutschen haben auch heute allen Grund, denen zu danken, die damals dem Gedanken der Rache und Vergeltung abgeschworen und ein Kapitel der Verständigung und Zusammenarbeit eröffneten.

Gewiss, der Wandel des Klimas nach 1945, der in so deutlichem Kontrast steht zu der Verhärtung und Feindschaft nach 1918, hatte seinen Grund auch in den geschilderten weltpolitischen Veränderungen und Handlungszwängen. Angesichts des sowjetischen Imperialismus musste sich der Westen auf seine freiheitlichen Traditionen besinnen. Das geschlagene Deutschland war einzubeziehen in den Prozess europäischer und westlicher Reorganisation. Es durfte kein machtpolitisches Vakuum im Herzen Europas entstehen. Aber die entscheidenden Anstöße gingen doch, wie immer in der Geschichte, von Einzelnen aus: vor allem von jenen Politikern, die nach 1948 die europäische Zusammenarbeit durch neue und ungewöhnliche Initiativen belebten: Schuman, De Gasperi und Adenauer. In einer Zeit der Not, des Zerfalls der Solidarität, der nationalen Egoismen erreichten sie durch entschlossene Kooperation, dass Europa nach einer Zeit der Lähmung seit den Fünfzigerjahren ein Stück seiner Handlungsfähigkeit zurückgewann. Das erforderte nicht nur Weitblick und Zähigkeit – es erforderte angesichts der allgemeinen Unsicherheit über die Zukunft auch ungewöhnlichen Mut und visionäre Kraft.

Haben die geschlagenen und befreiten Deutschen im Westen ihre politische Chance genutzt? Wie sehen die Erfahrungen, die Gewinne und Verluste aus heutiger Perspektive aus? Welche Wirkungen

hatte die Schrecksekunde von 1945 für unsere politische Verfassung, für unsere Nachkriegsdemokratie?

Beim politischen Wiederaufbau nach 1945 herrschte Zeitdruck. Zum Probieren und Experimentieren blieb nicht viel Zeit. So versuchten die Schöpfer der Landesverfassungen und des Grundgesetzes, die westdeutsche Demokratie durch entschlossene Eingriffe vom Stigma des Dritten Reiches, aber auch von den Schwächen Weimars zu befreien.

Im Verlauf dieser Jahre wurde die Bundesrepublik zum Rechtsstaat, ja zum Rechtswegestaat – eine Antwort auf den ungeheuerlichen Missbrauch der politischen Gewalt im NS-Staat. Die Bundesrepublik wurde zur parlamentarischen Demokratie ohne Vorbehalte und Rückwege – eine Antwort auf die halbherzig zwischen Parlamentarismus und Präsidialregime schwankende Weimarer Republik. Im Unterschied zum Relativismus des Weimarer Verfassungssystems etablierte Bonn einen verbindlichen demokratischen Minimalkonsens – es war die Geburtsstunde der wertbestimmten, der „wehrhaften“ Demokratie. Und die Bonner Verfassung wurde – was gleichfalls neu war – mit Schutzmechanismen gegen eine mögliche Selbstzerstörung versehen: Keine totalitäre Partei sollte künftig die Spielregeln demokratischer Legalität in ähnlicher Weise missbrauchen können, wie dies die Nazis mit der hilflosen Weimarer Demokratie getan hatten.

Kurzum, man war bemüht, einerseits aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Andererseits knüpfte man an ältere, freiheitliche Traditionen deutscher Geschichte an: an die Tradition des „gelinden Regimentes“, der durch Rechtsbindungen gedämpften Staatsgewalt; an den Föderalismus als die den Deutschen von jeher geläufige regionale Form der Gewaltenteilung; an sozial- und wohlfahrtsstaatliche Überlieferungen – und nicht

zuletzt an die initiiierende und gestaltende Rolle der Verwaltung.

Staat und Recht

Dies war die zeitgeschichtliche Umgebung, in welcher der Gedanke Form gewann, Staat und Recht aufs Engste zu verbinden, den Staat selbst auf das Recht zu gründen, so wie es der süddeutsche Konstitutionalismus (Rotteck) mehr als hundert Jahre zuvor in programmatischer Radikalität gefordert hatte. Der Staat sollte zum Treuhänder seiner Bürger werden – zu ihrem Rechtsbeistand, ihrem „Rechtsanwalt“. Das bedeutete nicht nur, dass die Grundrechte in der Verfassung neue Bedeutung und konkrete Geltung erhielten und dass die rechtsprechende Gewalt auf allen Ebenen gestärkt wurde – es bedeutete vor allem, dass der Rechtsschutz im öffentlichen Recht erweitert wurde wie nie zuvor in der deutschen Verfassungsgeschichte. Keine Rede mehr von Arkansphären des Staates, von gerichtsfreien Hoheitsakten – ganz und ungeteilt wurde mit Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz der Rechtsweg gegenüber Staatseingriffen eröffnet. Das hieß nichts anderes, als dass nunmehr – mit deutscher Grundsätzlichkeit – staatliche Gewalt sich rechtlich vor den Bürgern auszuweisen hatte. Die Bundesrepublik Deutschland wurde mit innerer Konsequenz zum Justizstaat. Das Recht wurde zur politischen Substanz des Gemeinwesens.

Dass dieses kühne Programm nicht bis zum letzten Rest verwirklicht werden konnte, dass manches davon später abgedämpft, begradigt, zurückgeholt werden musste – wen könnte es überraschen? Erstaunlich ist jedoch, wie viel sich bewährt und gehalten hat, wie viel inzwischen ganz selbstverständlich in den politischen Grundkonsens des Landes eingegangen ist. Dies gilt vor allem für die Ausgestaltung der Grundrechte. Hier hat man mit Recht von einer „kopernikani-

schen Wende“ gesprochen. Fragte früher der Jurist zuerst nach den Grenzen des Grundrechtes, so fragte er jetzt nach ihrem Inhalt; die Grundrechte begannen das Grundgesetz zu regieren, sein Verständnis zu steuern – nicht mehr umgekehrt. Theorie und Rechtsprechung dehnten die faktische Geltung der Grundrechte in die Breite und Tiefe so aus, wie es unter den Bedingungen unserer enger zusammenrückenden Gesellschaft überhaupt nur denkbar und möglich war. Die formalen Sicherungen der Freiheit wurden verstärkt. Um der Freiheit willen wurde der Freiheitsspielraum des Einzelnen bewusst weit gezogen, was bedeutete, dass man auch die Möglichkeit des Missbrauchs in Kauf nahm. Vor allem die Rechtsprechung der obersten Bundesgerichte über Menschenwürde, Persönlichkeitsentfaltung, Meinungsfreiheit und Eigentum war bemüht, den Bürgern einen unantastbaren Bereich menschlicher Freiheit zu sichern, welcher der Einwirkung des Staates entzogen war.

Der 8. Mai 1945 liegt lange zurück. Die Geschichte ist seither in rascher Folge weitergegangen. „Erlöst und vernichtet in einem“ (Theodor Heuss), begannen die Deutschen ihren Weg in die Nachkriegszeit. Der staatliche Zusammenbruch machte den Weg frei in eine neue Epoche deutscher Geschichte, die durch die Rückkehr zu den Gütern der Freiheit und Gerechtigkeit bestimmt war, in Gemeinschaft mit den Völkern der freien Welt. Wir haben Glück gehabt, trotz mancher Widrigkeiten und Rückschläge. Wir durften eine lange Friedenszeit erleben. Wir haben unsere Freiheit bewahren und festigen können. Ehemalige Kriegsgegner sind inzwischen unsere Freunde geworden. Wir stehen in geordneten internationalen Verbindungen. So dürfen wir heute, sechzig Jahre nach dem 8. Mai 1945, mit Ernst, aber auch mit Genugtuung an jenen Tag denken. Er war uns zum Heil. Er riss uns nach oben.